

Podium

Eine Auswahl aus dem Veranstaltungsprogramm



Langzeitarbeitslose in Deutschland – Endstation Hartz IV?

Über eine Million Menschen sind länger als ein Jahr arbeitslos, 250.000 sogar mehr als vier Jahre. Und knapp drei Millionen sind seit mindestens vier Jahren auf Hartz IV angewiesen. An dieser Situation hat sich zuletzt nur wenig geändert. Was sind die Ursachen der Misere? Müssen wir uns mit ihr abfinden? Oder gibt es doch probate Instrumente, um das Problem effektiv anzugehen? Diese Fragen standen im Mittelpunkt der „Nürnberger Gespräche“ am 1. Dezember 2014.



Ein Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit ist möglich, machte IAB-Vizedirektor Dr. Ulrich Walwei deutlich.

die Aufnahmefähigkeit des jeweiligen Arbeitsmarktes einen entscheidenden Einfluss darauf hat, inwieweit sich Arbeitslosigkeit verfestigt. Wenn aber Menschen einmal für längere Zeit arbeitslos sind, tun sie sich gerade in Deutschland besonders schwer, wieder in Beschäftigung zu kommen. Dies habe auch mit der Einschätzung der Betriebe zu tun, so Walwei. Dass immerhin ein Drittel der Betriebe bereit ist, Langzeitarbeitslosen eine Chance zu geben, führt er auch auf positive Erfahrungen zurück.

„Unsere Gesellschaft engagiert sich zu wenig für Langzeitarbeitslose“ beklagte Dr. Wilhelm Adamy, Leiter der Abteilung „Arbeitsmarktpolitik“ beim Deutschen Gewerkschaftsbund. Er monierte, dass die Fördermöglichkeiten bei Hartz IV deutlich eingeschränkter seien

Dass ein Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit durchaus möglich ist, machte IAB-Vizedirektor Dr. Ulrich Walwei zu Beginn deutlich. Seit 2006 ist die Zahl derjenigen, die länger als ein Jahr

arbeitslos sind, von 1,7 Millionen auf gut eine Million gefallen. Allerdings sind die regionalen Unterschiede nach wie vor beträchtlich. Auch der internationale Vergleich macht deutlich, dass



Über Ursachen und Möglichkeiten zum Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit in Deutschland diskutierten unter der Moderation der freien Journalistin Margaret Heckel (Mitte): Prof. Markus Schmitz von der Bundesagentur für Arbeit, Sina Trinkwalder, Chefin der ökosozialen Textilfirma „Manomama“, Dr. Wilhelm Adamy, Leiter der Abteilung „Arbeitsmarktpolitik“ beim Deutschen Gewerkschaftsbund, Harald Riedel, Kämmerer der Stadt Nürnberg und Ingrid Hofmann, Chefin der Zeitarbeitsfirma I.K. Hofmann GmbH (von links).



als im Bereich der Arbeitslosenversicherung. Die Beschäftigungschancen von Hartz-IV-Empfängern hätten sich nicht zuletzt infolge der Kürzungen der Fördermittel gegenüber den Vorjahren tendenziell verschlechtert.

„Es gibt kein Allheilmittel, nicht jedes Konzept passt für jeden“, sagte Prof. Markus Schmitz, Geschäftsführer Grundsicherung in der Bundesagentur für Arbeit. Angesichts der vielfältigen Vermittlungshemmnisse von Langzeitarbeitslosen komme es vor allem auf individuelle Beratung und Betreuung an. Außerdem müssten die Jobcenter die lokalen Netzwerkpartner noch stärker einbinden. Für Ingrid Hofmann ist auch die Zeitarbeit eine Möglichkeit, die den Weg aus der Langzeitarbeitslosigkeit weisen kann. Dabei verweist sie auf ihr eigenes Unternehmen: „Zwei Drittel unserer Beschäftigten waren vorher arbeitslos, zwölf Prozent länger als ein Jahr.“

Dass das Thema „Langzeitarbeitslosigkeit“ auch die Kommunen umtreibt, machte der Nürnberger Stadtkämmerer Harald Riedel deutlich. So muss die Stadt Nürnberg jährlich 83 Millionen Euro allein für die Kosten der Unterkunft von Langzeitarbeitslosen aufbringen. Riedel beklagte, dass die Zahl der bei der stadt eigenen Beschäftigungsgesellschaft Noris-Arbeit (NOA)

beschäftigten Klienten aufgrund gekürzter staatlicher Fördermittel stark heruntergefahren werden musste.

Dass die Beschäftigung von vormals Langzeitarbeitslosen ganz ohne staatliche Zuschüsse funktionieren kann, beweist Sina Trinkwalder. Die 36-Jährige hat in Augsburg die Textilfirma „Manomama“ aufgebaut. Ihre Angestellten: 154 ehemalige Arbeitslose, von denen viele als kaum vermittelbar galten, die nun sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind und mit zehn Euro pro Stunde deutlich mehr als den gesetzlichen Mindestlohn ver-



dienen. Beschäftigte bräuchten keine prekären Arbeitsverhältnisse, betonte Trinkwalder, sondern Sinn, Sicherheit und Wertschätzung. Ihre Forderung an die Politik: Jeder Betrieb müsse dazu verpflichtet werden, mindestens zehn Prozent Langzeiterwerbslose einzustellen.

Dass Menschen mit gravierenden persönlichen Hemmnissen eine ihnen gemäße Beschäftigung finden, ist leider die Ausnahme – insbesondere, wenn mehrere Faktoren zusammen auftreten. Dies zeigte IAB-Forscherin Juliane Achatz in ihrem Impulsreferat. Risikofaktoren sind fehlende Schul- und Ausbildungsabschlüsse, eingeschränkte Gesundheit,



Langzeitleistungsbezug, Alter (50 Jahre und älter), Migrationshintergrund mit eingeschränkten Deutschkenntnissen und familiäre Pflichten wie die Pflege von Angehörigen oder die Betreuung von kleinen Kindern.

In einem weiteren Impulsreferat betrachtete IAB-Forscherin Regina Konle-Seidl die Situation in anderen europäischen Ländern. Staatliche Beschäftigungsprogramme sind der Ökonomin zufolge in einigen Ländern stärker ausgeprägt als in Deutschland, etwa in den Niederlanden und in Skandinavien. Es gebe einige potenziell erfolgversprechende Ansätze, die genauer beobachtet werden sollten – etwa die Möglichkeit der stufenweisen Arbeitszeiterhöhung



bei geförderter Beschäftigung in Dänemark oder die Förderung von Sozialbetrieben in der Schweiz oder Finnland.

Schmitz wartete mit einem weiteren Vorschlag auf: Langzeitarbeitslosen sollte bei Bedarf ein Jobcoach zur Seite gestellt werden, der bei Schwierigkeiten auf der neuen Arbeitsstelle steuernd eingreifen und so der Gefahr entgegenwirken kann, dass das Beschäftigungsverhältnis vorzeitig beendet wird. „Generell“, so Schmitz' Plädoyer, „brauchen wir den Mut, neue Dinge auszuprobieren“.



Individuelle Beratung und Betreuung von Langzeitarbeitslosen bei der Vermittlung ist sehr wichtig, betonte Prof. Markus Schmitz von der BA.

Ein solcher Ansatz könnte beispielsweise der von Stadtkämmerer Riedel geforderte Ausbau des Passiv-Aktiv-Transfers sein. Dabei werden Leistungen, die Langzeitarbeitslose sonst passiv für den Lebensunterhalt bekommen (Hartz IV, Kosten für Unterkunft und Heizung), in Zuschüsse für eine aktive, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung umgewandelt. Auch Adamy könnte sich dies vorstellen, gab aber zu bedenken, dass dieser Ansatz nur dann funktioniert, wenn er von allen Ebenen unterstützt wird.

Weitere Informationen zu der Veranstaltung finden Sie im Internet unter:

www.iab.de/ng2_2014

Perspectives on (Un-)Employment

Junge Arbeitsmarktforscherinnen und -forscher zusammenzubringen, das ist das Ziel des Workshops „Perspectives on (Un-)Employment“. Er wird von den Teilnehmern des gemeinsamen Graduiertenprogramms des IAB und des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der

Universität Erlangen-Nürnberg jährlich am IAB in Nürnberg veranstaltet und fand Anfang Dezember 2014 zum siebten Mal in Folge statt.

In guter Tradition führte an beiden Veranstaltungstagen je ein renommierter Keynote-

Sprecher in das inhaltliche Programm ein. Der Arbeitsmarktsoziologe Prof. Josef Brüderl von der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) gab einen umfassenden Überblick über die Fixed-Effects-Methodik und deren Anwendungsmöglichkeiten im Kontext der Arbeitsmarktforschung. Der Ökonom Prof. Oliver



Doktorandinnen und Doktoranden aus dem In- und Ausland präsentierten beim GradAB-Workshop ihre Forschungsarbeiten und hörten Vorträge renommierter Wissenschaftler aus Soziologie und Ökonomie.

Falck, ebenfalls an der LMU sowie am Ifo Institut München tätig, referierte über kulturelle Determinanten der regionalen Mobilität von Beschäftigten auf dem deutschen Arbeitsmarkt.

24 Doktorandinnen und Doktoranden von Instituten und Universitäten aus dem In- und Ausland wie dem European University Institute in Florenz, der University of California,

Berkeley und der University of Pennsylvania präsentierten ihre Forschungsarbeiten. Die thematischen Schwerpunkte der anspruchsvollen Vorträge lagen vor allem in den Bereichen Arbeitsmarktpolitik, Suchprozesse am Arbeitsmarkt sowie Beschäftigungs- und Lohnentwicklung. Wie in den beiden Vorjahren war auch eine Poster-Session Bestandteil des Pro-

gramms. Diese bot den Teilnehmern die Möglichkeit, intensiv über ihre Forschungsarbeiten und -ergebnisse zu diskutieren.

Der Workshop gab den Teilnehmern auch über das Vortragsprogramm hinaus Gelegenheit, sich über die eigene Forschung auszutauschen und Forschungsideen gemeinsam weiterzuentwickeln.

Zeitarbeit und Equal Pay



Beim vierten „Interdisziplinären Forum zur Zeitarbeit“ am IAB tauschten sich Experten aus Wissenschaft und Praxis über die künftige Bedeutung der Zeitarbeit aus.

Beim 4. Interdisziplinären Forum zur Zeitarbeit in Nürnberg stand die künftige Rolle und Bedeutung der Zeitarbeit im Fokus. Durch die Einführung von Tarifzuschlägen, Mindestlohn und Equal Pay, also der gleichwertigen Bezahlung von Leiharbeitnehmern wie vergleichbar eingesetzten Stamm-Mitarbeitern in einem Unternehmen, wird die Zeitarbeit insgesamt teurer. Folglich könnte ein Rückgang bei der Nutzung der Zeitarbeit erwartet werden, der allerdings bislang nicht eingetreten ist.

Das IAB richtete die Veranstaltung am 5. Dezember 2014 erstmals allein aus. Zur Freude von IAB-Direktor Prof. Joachim Möller wirkten die bisherigen Mitveranstalter jedoch weiterhin aktiv mit. So war auch Prof. Manfred Bornewasser, der kürzlich von der Universität Greifswald emeritiert wurde, wieder mit dabei.

Dieter Wagon, Geschäftsführer in der Zentrale der Bundesagentur für Arbeit, gab einen Überblick über die Dynamik der Reformen und Rechtsveränderungen, aktuellen Entwicklungen in der Arbeitnehmerüberlassung und die Verankerung des Ziels der nachhaltigen Integration

im Steuerungsprozess der Agenturen für Arbeit. Prof. Rainer Sieg (Siemens AG und Universität Passau) konzentrierte sich auf das Zusammenwirken der gesetzlichen, der tarifvertraglichen und der betrieblichen Ebene in der Zeitarbeit.

Lutz Bellmann, Leiter des Forschungsbereichs „Betriebs- und Beschäftigung“ am IAB und Professor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Arbeitsökonomie, an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU), und Dr. Johannes Martin von der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen referierten über die Chancen von Zeit-



Dieter Wagon, Geschäftsführer in der Zentrale der BA, gab einen Überblick über die Dynamik der Reformen und Rechtsveränderungen.

arbeitnehmern, in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis übernommen zu werden, wobei die betrieblichen Einflussfaktoren im Fokus standen.

IAB-Forscher Peter Haller untersuchte die Dynamik der Beschäftigung und die Verteilung der Beschäftigungsdauer von Zeitarbeitnehmern. In diesem Zusammenhang plädierte Werner Widuckel, Inhaber der Audi-Lehrprofessur für Personalmanagement und Arbeitsorganisation an der FAU, dafür, die Zeitarbeitsunternehmen als „Spezialisten der Flexibilität“ zu betrachten, die hohe interne Flexibilität der Stammebelegschaften jedoch nicht außer Acht zu lassen.

Dr. Werner Eichhorst vom Institut zur Zukunft der Arbeit wies darauf hin, dass die Regulierung der Zeitarbeit wie auch anderer Beschäftigungsformen einerseits zu stärkeren Produktivitätsanreizen führe, das Beschäfti-

gungssystem andererseits aber „exklusiver“ werde.

An der abschließenden Podiumsdiskussion, die von Prof. Manfred Bornwasser moderiert wurde, nahmen Ingrid Hofmann, Geschäftsführende Gesellschafterin des Personaldienstleisters I.K. Hofmann GmbH und Mitglied des Präsidiums der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Rechtsanwalt Peter Voigt von der Industrie- und Handelskammer Bergbau, Chemie und Energie sowie Prof. Lutz Bellmann teil. Im Mittelpunkt stand die von der Bundesregierung beabsichtigte Begrenzung der Überlassungshöchstdauer in der Zeitarbeit auf 18 Monate.

Der deutsche Arbeitsmarkt in einer globalisierten Welt: Handel, Technologien und demografische Entwicklungen



Prof. Bernd Fitzenberger ist Koordinator des DFG-Schwerpunktprogramms zu den Herausforderungen für den deutschen und europäischen Arbeitsmarkt in einer globalisierten Welt.

Wie interagieren technologischer Wandel, Handel und demografischer Wandel mit Beschäftigung und Löhnen? Welche Effekte auf die Arbeitsmarktpartizipation sind zu erwarten? Welche Rolle spielen in diesem Spannungsfeld Institutionen? Diese und andere Fragen standen

im Mittelpunkt der ersten internationalen Tagung des DFG-Schwerpunktprogramms 1764 „The German Labor Market in a Globalized World: Trade, Technology and Demographics“.

Das Schwerpunktprogramm 1764 ist ein durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) finanziertes, interdisziplinäres Netzwerk von Arbeitsmarktforscherinnen und -forschern. In diesem institutsübergreifenden Verbund aus Ökonomen, Soziologen und Personalwissenschaftlern werden in 20 Teilprojekten verschiedenste Fragestellungen zu den Herausforderungen für den deutschen und europäischen Arbeitsmarkt in einer globalisierten Welt untersucht. Über 90 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler von zahlreichen Universitäten und Forschungsinstituten kamen am 10. und 11. April 2015 nach Nürnberg, um am IAB ihre

Forschungsergebnisse zu diesem Themenfeld vorzustellen und zu diskutieren.

Nach der Eröffnung der Tagung durch Prof. Bernd Fitzenberger von der Humboldt-Universität zu Berlin, Koordinator des DFG-Schwerpunktprogramms 1764, referierte der renommierte Arbeitsmarktökonom Prof. Henry



Arbeitsmarktökonom Prof. Henry S. Farber von der Princeton University



Arbeitsmarktexperte Prof. Christian Dustmann vom University College London

Machin diskutierte dabei das Spannungsfeld zwischen steigender Lohnungleichheit bei gleichzeitiger Stagnation der Reallöhne und ging in diesem Zusammenhang auch auf die Rolle von Gewerkschaften ein. Dem Thema Jugendkriminalität und wie diese vom Geschlecht beeinflusst wird, widmete sich dagegen der Vortrag von Christian Dustmann.

Der interdisziplinäre Charakter der Tagung wurde insbesondere durch den Keynote-Vortrag des Soziologen Prof. Markus Gangl



Soziologe Prof. Markus Gangl von der Goethe-Universität Frankfurt am Main

S. Farber von der Princeton University (USA) in seinem Keynote-Vortrag über die Auswirkungen von Arbeitsplatzverlusten in den USA während der großen Rezession der Jahre 2007 bis 2009 sowie deren weiterhin spürbaren Nachwirkungen.

Mit Prof. Stephen Machin und Prof. Christian Dustmann, beide vom University College London (Großbritannien), wurden zwei weitere international anerkannte Arbeitsmarktexperten für Keynote-Vorträge gewonnen. Stephen



Keynote-Speaker Prof. Stephen Machin vom University College London

von der Goethe-Universität Frankfurt am Main zum Zusammenhang von Ungleichheit und Arbeitslosigkeit unterstrichen.

Der internationalen Tagung ging ein zweitägiger Workshop der Projektleiterinnen und -leiter des DFG-Schwerpunktprogramms 1764 voraus. Dabei war auch Frank-Jürgen Weise, Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit (BA), zu Gast, der ein Impulsreferat zu Arbeit und Auftrag der Öffentlichen Arbeitsmarktservices in Europa und dem Beitrag der BA hielt.

Weitere Informationen zur Tagung finden Sie im Internet unter:

<http://de.amiando.com/germanlabormarket.html?page=1244581>

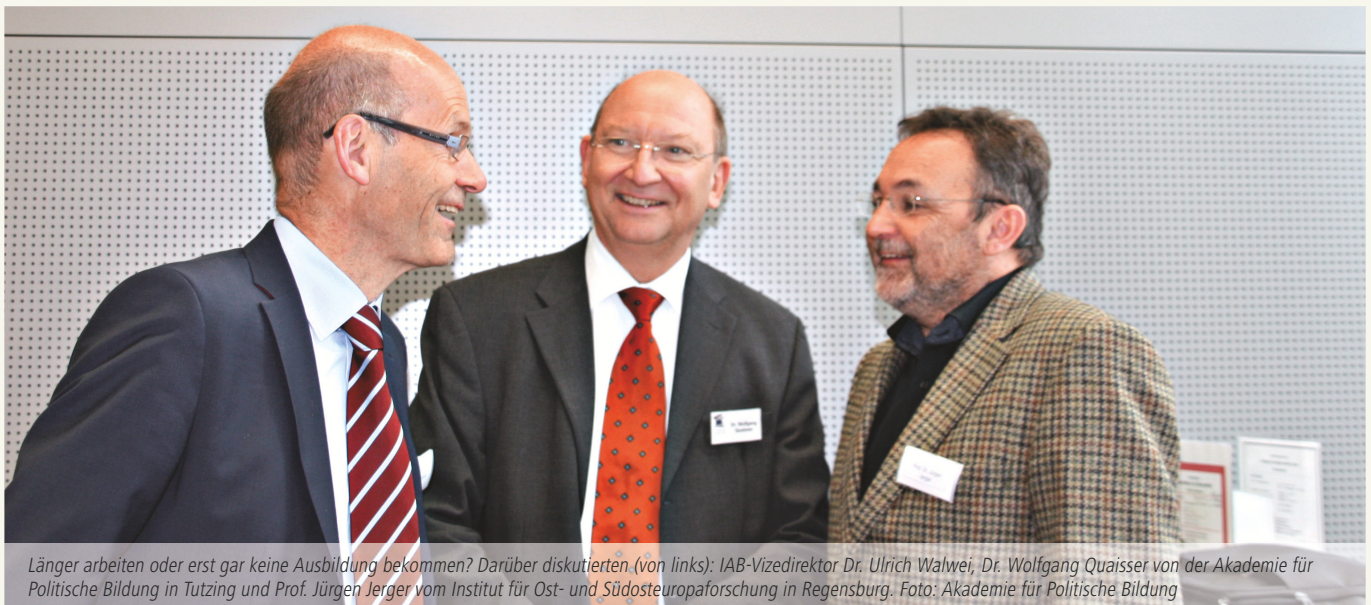
Zwischen Jugendarbeitslosigkeit und Frühverrentung: Arbeitsmarktpolitische Herausforderungen in Deutschland und Europa

Robust, so bezeichnet die Bundesagentur für Arbeit aktuell die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Sie rechnet auch in diesem Jahr mit sinkenden Erwerbslosenzahlen. Und selbst die Jugendarbeitslosigkeit ist zumindest in Deutschland eigentlich kein Thema: Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen ist so niedrig

wie schon lange nicht mehr, die Zahl der Erwerbstätigen so hoch wie nie zuvor. Und doch gibt es Prozesse, die Experten Sorgen machen.

In Kooperation mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg und dem Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS) in Regensburg diskutierten Wirtschaftswissenschaftler in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing am 17. und 18. April 2015 Herausforderungen durch Jugendarbeitslosigkeit und Frühverrentung.

Dabei warnte Dr. Hans Dietrich vom IAB, die Übergänge in Ausbildung und Beruf seien schwieriger als früher, und verwies auf folgende



Länger arbeiten oder erst gar keine Ausbildung bekommen? Darüber diskutierten (von links): IAB-Vizedirektor Dr. Ulrich Walwei, Dr. Wolfgang Quaisser von der Akademie für Politische Bildung in Tutzing und Prof. Jürgen Jerger vom Institut für Ost- und Südosteuropaforschung in Regensburg. Foto: Akademie für Politische Bildung

Fakten: Fünf bis acht Prozent der Jugendlichen verlassen die Schule ohne Abschluss. Der wirtschaftliche Wandel und der technische Fortschritt reduzieren wiederum die Beschäftigungsmöglichkeiten nicht formal Qualifizierter. Zudem bleiben in dieser Gruppe stabile Erwerbsverläufe eher die Ausnahme. Die Zahl befristeter Beschäftigungsverhältnisse und das Risiko, arbeitslos zu werden, ist dagegen mit rund 30 Prozent recht hoch. Ferner sind mit niedrig qualifizierten Beschäftigten auch niedrige Einkommen verbunden.

Mit Blick auf den Ausbildungsmarkt stellte Dietrich fest, dass mit einer steigenden Zahl von unbesetzten Ausbildungsplätzen auch die Zahl nicht versorgter Bewerber zunimmt. Im europaweiten Vergleich allerdings ist die Erwerbstätigkeit deutscher Jugendlicher, die jünger als 25 Jahre sind, erstaunlich hoch. Ebenso untypisch ist die Relation der Jugendarbeitslosenquote zur Erwachsenenquote: Während sie in Deutschland fast identisch ist, haben Jugendliche im restlichen Europa ein nahezu doppelt so hohes Risiko ihren Job zu verlieren wie Erwachsene. Dennoch: „Wenn der Konjunkturverlauf bei uns umschwenkt“, so Dietrich, „dann kommen die Probleme.“

Eine Rolle spielt selbst bei jungen Leuten die Gesundheit. Rund zehn Prozent der arbeitslosen Jugendlichen litten unter erheblichen seelischen Belastungen, konstatierte der IAB-Forscher. Häufig würden diese Probleme zu spät erkannt, was zu Schwierigkeiten führe, in Beschäftigung zu kommen. Der Knackpunkt für die jungen Leute, ganz gleich ob mit oder ohne seelische Erkrankungen, sei es, überhaupt einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Sobald sie das geschafft hätten, stiegen ihre Chancen, sagte Dietrich, denn dann förderten die Betriebe ihre Auszubildenden.

Die Beschäftigungssituation älterer Erwerbstätiger stellt sich dagegen ganz anders und insgesamt ungünstiger dar als die jüngerer Leute, so Dr. Ulrich Walwei, stellvertretender Direktor des IAB. Er beleuchtete die andere Seite des Arbeitsmarkts, den Übergang in die Rente. Walwei stellte fest: Durch die demografische Entwicklung wächst zum einen der Anteil Älterer an den Erwerbspersonen. Für eine nachhaltige Fachkräftesicherung spielen zum anderen die Chancen älterer Beschäftigter am Arbeitsmarkt eine immer wichtigere Rolle.

„Keine andere Gruppe hat von den Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt in jüngerer Zeit so stark profitiert wie die Älteren“, erklärte Walwei. Alles gut also? Nicht ganz und gar: Weil Wissenschaftler sich unter anderem dadurch auszeichnen, genauer hinzuschauen, kommt der Forscher zu dem Schluss: Je älter die Personen sind, desto weniger integriert sind sie in den Arbeitsmarkt. Oder wie Walwei es auf den Punkt bringt: „Wenn ich als Älterer arbeitslos bin, dann habe ich ein Problem.“ Schon in der Gruppe der 55- bis 59-Jährigen nimmt demnach der Anteil an Langzeitarbeitslosen zu.

Deshalb fordert der Wissenschaftler angesichts der demografischen Entwicklung zu weiteren Verbesserungen auf. Ansatzpunkte könnten sein: verstärkt in den Betrieben auf die Gesundheit achten, Erfahrungswissen intelligent einsetzen sowie flexiblere Übergänge in die Rente gestalten. Potenzial sieht Walwei vor allem bei Migranten und Frauen.

„Alte werden in Zukunft wichtiger als Junge sein, weil sie mehr sind“: Mit dieser zunächst provokativen Aussage machte Profes-

sor Holger Bonin vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim darauf aufmerksam, wie dramatisch sich das Verhältnis von Jung und Alt in den kommenden 15 Jahren verändern wird.

Ängste vor einer Automatisierung der Berufe teilt Bonin nicht. Lediglich Tätigkeiten, nicht Berufe seien automatisierbar. Allerdings veränderten neue Technologien auch die Arbeitsplätze und stellten neue Anforderungen. An die Arbeitgeber appellierte Bonin, das Erfahrungswissen der älteren Generation als Gegenpol zu den Nachwuchskräften zu nutzen. Die Arbeitnehmer rief er dazu auf, mobil und flexibel zu bleiben.

Auch Professor Axel Börsch-Supan, einer der führenden deutschen Arbeitsmarktforscher, beschäftigte sich mit der Frage: Wie lange arbeiten wir? – Rente mit Arbeit? In der demografischen Entwicklung sieht der Direktor des Munich Center for the Economics of Aging weniger einen Tsunami oder eine ökonomische Herausforderung: „Das Problem sind die zeitinkonsistenten Verhaltensweisen der Politik, ähnlich wie beim Klimawandel.“

Um die Beschäftigungsquote zu erhöhen, verwies Börsch-Supan auf die positiven Erfahrungen in Dänemark und kritisierte zugleich, dass von der Rente mit 63 in Deutschland lediglich die Geburtsjahrgänge von 1953 bis

1964 profitierten. Seine Forderung: ein flexibles Rentenalter, das aber finanziell nicht so unattraktiv sein dürfe wie die aktuellen Teil- oder Frühverrentungsmodelle.

Schließlich räumte Börsch-Supan noch mit einigen Mythen im Zusammenhang mit den Reformen auf. Die Behauptung „Die Alten nehmen den Jungen die Jobs weg“ sei in einer Volkswirtschaft logisch nicht haltbar. Ebenso wie die Annahme, Ältere seien nicht so produktiv. Mit zunehmendem Alter nehme zwar die Zahl der Fehler zu, aber deren Schwere ab, im Gegensatz zur Produktivität jüngerer Beschäftigter. Ferner blieben länger Arbeitende in ihren Gedächtnisleistungen fitter.

Zu viele Studenten, zu wenige Facharbeiter? Droht uns die Überakademisierung?



Über den „Akademisierungswahn“ diskutierten (von links): Prof. Julian Nida-Rümelin von der LMU München, Prof. Felix Rauner von der Universität Bremen, Moderator Frank Christian Starke vom WDR, Dr. Irene Seling von der BDA und Heino von Meyer von der OECD im Historischen Rathaussaal der Stadt Nürnberg.

Die Zahl der Studienanfänger hat sich in den letzten 15 Jahren nahezu verdoppelt, Tendenz weiterhin steigend. Wie ist diese Entwicklung zu bewerten? Wracken wir gerade das duale Ausbildungs-

system ab, um das uns so viele Länder beneiden? Um diese und andere Fragen ging es bei den Nürnberger Gesprächen am 4. Mai 2015. Dass die Veranstalter mit diesem Thema einen Nerv getroffen

hatten, zeigte sich auch daran, dass im Historischen Rathaussaal, der über 400 Gästen Platz bietet, kaum ein freier Stuhl zu finden war.



„Deutschland brauche künftig durchaus noch mehr Akademiker“, machte IAB-Vizedirektor Dr. Ulrich Walwei in seiner Eröffnungsrede deutlich.

Auf die Frage, ob Deutschland unter einer Überakademisierung leidet, gab der Münchner Philosophieprofessor Julian Nida-Rümelin, Autor einer bekannten Streitschrift wider den „Akademisierungswahn“, eine zunächst durchaus überraschende Antwort: „Wir haben in Deutschland zu wenig Akademiker. Es könnten sogar noch mehr werden“, meinte der ehemalige SPD-Kulturstatsminister unter Gerhard Schröder. Der Anteil der Hochschulabgänger unter den 25- bis 64-Jährigen liege derzeit bei 16 Prozent und könne nach seinem Dafürhalten durchaus auf 25 bis 30 Prozent steigen.

Wenn sich diese Entwicklung jedoch ungebremst fortsetzen sollte, sieht Nida-Rümelin das duale Ausbildungssystem in höchster Gefahr. Problematisch sei insbesondere, dass Ausbildungsberufe gegenüber akademischen Berufen eine weitaus geringere gesellschaftliche Wertschätzung genössen. „Ich sehe nicht ein, warum ein Hochschuldozent das dreifache Gehalt einer Erzieherin bekommt“, empörte er sich und wies den Verdacht, dass es ihm letztlich um eine elitäre Abschließung geht, weit von sich. Der von ihm diagnostizierte „Akademisierungswahn“ speise sich auch aus der

„Bildungsangst“ vieler Eltern, die Angst vor dem Abstieg ihrer Kinder hätten.

Demgegenüber sieht Heino von Meyer in steigenden Studentenzahlen keine Gefahr für das duale Ausbildungssystem. Der Leiter des Berlin Centre der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hält die Debatte um eine Überakademisierung für einen „Schaukampf, bei dem Studium und duale Ausbildung gegeneinander ausgespielt werden“. Er betonte denn auch, dass die OECD keine Quoten oder Zielmarken für den Akademikeranteil ausbe. Vielmehr werde die OECD in eine Rolle gedrängt, in der sie gar nicht sein will. Er verwies allerdings darauf, dass Deutschland in der Vergangenheit den geringsten Akademikerzuwachs unter allen OECD-Ländern zu verzeichnen hatte, und machte damit deutlich, dass er einen deutlich höheren Akademikeranteil für erstrebenswert hält.

Felix Rauner hingegen, der an der Universität Bremen die Forschungsgruppe „Berufsbildungsforschung“ leitet, beklagte, dass die Attraktivität der dualen Ausbildung kontinuierlich abnimmt. Der Professor, der früher selbst als Elektroinstallateur gearbeitet hat, pries das „Prinzip der Meisterschaft“. Deutsche Handwerksmeister müssten so unterschiedliche Kri-

terien wie Funktionalität und Gebrauchswert, aber auch Umwelt- und Arbeitsschutz verstehen und abwägen, wenn sie sich mit ihrem Betrieb am Markt behaupten wollen.

Dass Deutschland nach 1990 – im Gegensatz etwa zu Frankreich oder England – keine flächendeckende Deindustrialisierung zu beklagen hatte, ist für Rauner auch das Verdienst des dualen Ausbildungssystems. Das Erfolgsrezept der deutschen Industrie sei es gewesen, dem sich verschärfenden internationalen Qualitäts-



Eine kontinuierliche Abnahme der Attraktivität der dualen Ausbildung beklagte Prof. Felix Rauner von der Universität Bremen.

wettbewerb mit einem Abbau von Hierarchie-Ebenen im Management und einer Stärkung der wertschöpfungsnahen Facharbeiterschaft sowie mit leistungsfähigen Forschungs- und Entwicklungsabteilungen zu begegnen.

Rauner lobte zudem das Schweizer Modell, wo die duale Berufsausbildung den gleichen Wert habe wie ein Hochschulstudium und auch die Durchlässigkeit zwischen beiden Bereichen besser funktioniere. Noch stärker als in Deutschland stütze sich die Innovationskraft der Schweizer Wirtschaft auf Fachhochschulabsolventen, Meister und Facharbeiter.

Anders als Nida-Rümelin und Rauner hält Dr. Irene Seling von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände die Debatte



„Wir haben in Deutschland zu wenig Akademiker“, so die überraschende Aussage von Philosophieprofessor Julian Nida-Rümelin von der LMU München und Autor der Streitschrift wider den „Akademisierungswahn“.



Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly (links) und WDR-Journalist Frank Christian Starke, der die Diskussion moderierte, bei den „Nürnberger Gesprächen“.

um den vermeintlichen Akademisierungswahn für falsch. „Der Bedarf an Akademikern steigt“, zeigte sich die stellvertretende Leiterin der Abteilung „Bildung/Berufliche Bildung“ überzeugt – und fügte der mit Daten und Zahlen reichlich gespickten Diskussion mindestens zwei weitere hinzu. Detailliert erläuterte sie, warum die Angaben zur Zahl der Studienanfänger, die in den Medien kursieren, aus ihrer Sicht überhöht und irreführend sind und daher bereinigt werden müssten. Am Ende taxierte sie die Zahl derjenigen, die sich pro Jahr für ein Studium entscheiden, auf 400.000 und die Zahl derjenigen, die eine berufliche Ausbildung beginnen, auf 710.000.

Dissens entzündete sich an der Höhe der sogenannten Bildungsprämie. Berechnungen, denen zufolge ein Akademiker im Laufe seines Lebens eine Million Euro mehr verdient als ein Nichtakademiker, hält Nida-Rümelin für „völlig schief“. Nur bei Informatikern und Ingenieuren gebe es einen massiven Gehaltsüberschuss. Absolventen sozial- und geisteswissenschaftlicher Studiengänge hingegen verdienten zum Teil sogar deutlich weniger als nicht akademische Fachkräfte. Zudem entstehe durch die Überakademisierung ein Druck nach unten – etwa dergestalt, dass Architekten mangels

besserer Alternativen den Beruf eines technischen Zeichners ausüben.

Einigkeit auf dem Podium bestand hingegen darin, dass mehr für den „unteren Rand“ getan werden müsse. So monierte Seling, dass 1,3 Millionen der 20- bis 29-Jährigen keinen Berufsabschluss hätten. Gerade schwächere Jugendliche müssten stärker gefördert werden, denn noch immer befänden sich viel zu viele im sogenannten Übergangssystem.



Dr. Irene Seling von der BDA forderte, zweijährige Ausbildungsgänge zu forcieren, um leistungsschwächeren Jugendlichen den Einstieg in die Ausbildung zu erleichtern.

Anders als Nida-Rümelin machte Seling dafür jedoch nicht die unzureichende Ausbildungsbereitschaft der deutschen Wirtschaft verantwortlich. Stattdessen möchte sie den Ausbau zweijähriger Ausbildungsgänge forcieren, um leistungsschwächeren Jugendlichen den Einstieg in eine Ausbildung zu erleichtern. Leider, so klagte sie, zeigten die Gewerkschaften hier nur wenig Entgegenkommen.

In seinem Schlusswort betonte Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, dass die „Durchlässigkeit zwischen akademischer und



Keine Gefahr für das duale Ausbildungssystem durch steigende Studentenzahlen sieht Heino von Meyer von der OECD.

beruflicher Bildung auf gleicher Augenhöhe“ auch einen Mentalitätswechsel voraussetze. Die in den Köpfen verbreitete Hierarchisierung von akademischen und nicht akademischen Berufen müsse überwunden werden.

Die Nürnberger Gespräche werden von der Bundesagentur für Arbeit, unter Federführung des IAB, und der Stadt Nürnberg zweimal jährlich ausgerichtet. Sie stehen allen Interessierten offen.

Weitere Informationen zu der Veranstaltung finden Sie im Internet unter:

www.iab.de/ng1_2015